

Antrag 94/I/2019**KDV Tempelhof-Schöneberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission: Erledigt bei Annahme 95/I/2019 (Konsens)****Sprachförderung in Berlin konsequent durchsetzen**

1 Die sozialdemokratischen Senatsmitglieder und die sozi-
2 aldemokratischen Mitglieder im Abgeordnetenhaus wer-
3 den aufgefordert, die Bezirke in ihrer Aufgabe zu un-
4 terstützen, das Sprachförderungsgesetz umzusetzen und
5 die verschärfende Maßnahme eines erhöhten Bußgeld-
6 verfahrens für Eltern, die eine Teilnahme an der Sprach-
7 standsfeststellung ihrer Kinder verweigern, zentral für
8 Berlin zu steuern und durchzusetzen. Die Bußgelder sollen
9 berlinweit für alle Bezirke gleichermaßen gelten und auch
10 schon für diejenigen Eltern angesetzt werden, die bereits
11 die Einladung zur Sprachstandsfeststellung missachten.

12

13 Darüber hinaus müssen weitere Maßnahmen geprüft
14 werden, Kinder mit Sprachförderbedarf besonders zu för-
15 dern. In Zeiten von mangelnden Kita-Plätzen müssen Kin-
16 der mit festgestellten erheblichen Sprachmängeln berlin-
17 weit vorrangig behandelt werden.

18

19 Begründung

20 Das Sprachförderungsgesetz vom 1. April 2008 (§ 55 -
21 Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung- SchulG
22 Berlin) hat in Berlin die verpflichtende Sprachstandsfest-
23 stellung von Nicht-Kita-Kindern 18 Monate vor Schulbe-
24 ginn eindeutig festgelegt, die im Fall gravierender Sprach-
25 defizite zu einer Kitabesuchspflicht führt. Dieses Gesetz,
26 für dessen Einhaltung und Umsetzung formal die Bezir-
27 ke zuständig sind (§ 126 -Ordnungswidrigkeiten- SchulG
28 Berlin), wird allerdings trotz nachträglich festgelegtem
29 Bußgeldverfahren faktisch nicht umgesetzt: Zahlen der
30 Senatsverwaltung* belegen eine über die Jahre stagnie-
31 rende, geringe Quote von durchgeführten Sprachtests so-
32 wie gleichzeitig einen drastischen Anstieg von Kindern
33 mit Sprachförderbedarf unter den getesteten Nicht-Kita-
34 Kindern.

35

36 Alle sind sich einig, dass Sprache der Schlüssel zur Bil-
37 dung ist und die Voraussetzung für gleiche Chancen und
38 gesellschaftliche Teilhabe bedeutet. Es ist bekannt, dass
39 frühe Sprachdefizite in den meisten Fällen im Bildungs-
40 verlauf nicht mehr aufgefangen werden. Kinder aus Fa-
41 milien mit geringerem Bildungshintergrund sowie Kinder
42 deren Eltern einen Migrationshintergrund haben, zählen
43 mehrheitlich zu den Nicht-Kita-Kindern. Zahlreiche Studi-
44 en zeigen, dass es gerade diese Kinder sind, die besonders
45 von einer frühkindlichen Förderung in einer Kita, gerade
46 auch im Hinblick auf ihre sprachliche Entwicklung, profi-
47 tieren. Auch für Berlin belegen Zahlen der Senatsverwal-
48 tung, dass Kinder mit langjähriger Kita-Nutzung seltener
49 Sprachdefizite aufweisen.

50

51 Das Berliner Sprachförderungsgesetz, das zu diesem
52 Zweck verabschiedet wurde, wird trotz nachträglich fest-
53 gelegtem Bußgeldverfahren faktisch nicht umgesetzt.
54 Von den 3005 im Jahr 2018 verschickten Einladungen an
55 Berliner Eltern, deren Kinder keine Kita besuchen, wurde
56 nur bei 651 Kindern (ca. 20%) eine Sprachstandsfeststel-
57 lung mit dem Testverfahren Deutsch Plus 4 durchgeführt.
58 Von diesen 651 Kindern wurden bei 469 (72%) Kindern ein
59 Sprachdefizit festgestellt. Im Vergleich zu den Vorjahren
60 ist ein drastischer Anstieg in der Quote der Kinder mit
61 Sprachförderbedarf zu erkennen. Die aus diesem Sprach-
62 defizit resultierende Auflage, eine Sprachförderung in ei-
63 ner Kita in der verbleibenden Zeit vor Schulbeginn in An-
64 spruch zu nehmen, wurde allerdings nur von 56 der 469
65 Kinder (11%) erfüllt.

66

67 Da keine zentrale Statistik über das Bußgeldverfahren
68 existiert und auch keine Übersicht über die Höhe der je
69 nach Bezirk variierenden Bußgelder zur Verfügung steht,
70 kann nicht identifiziert werden, ob es an personellen Eng-
71 pässen der Bezirke liegt oder fehlenden Kitaplätzen, dass
72 die Kinder trotz Auflage nicht in der Kita ankommen. Eine
73 Übernahme der Verantwortung seitens der Senatsverwal-
74 tung wäre ein entscheidender Schritt, um den Gesetzein-
75 haltungsprozess für ganz Berlin zu vereinheitlichen und
76 die hinter diesem Gesetz stehenden Intention, alle Kinder
77 mit guten Sprachkenntnissen einzuschulen, auch tatsäch-
78 lich umzusetzen.

79 *Quelle zur Drucksache im Abgeordnetenhaus: Drs
80 18/13725 Schriftliche Anfrage